

## Rede von Landrat Wolfgang Schuster

Datum:  
29.01.2007

zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushalts 2007 in den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises am 29. Januar 2007

*(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort !)*

**Sperrfrist: 29.01.2007, 17:00 Uhr**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie erhalten heute den Entwurf des Kreishaushalts für das Haushaltsjahr 2007, für mich als neuem Landrat des Lahn-Dill-Kreises ist dies der erste Haushalt, der unter meiner Verantwortung erstellt wurde.

Zu den Eckpunkten des Haushaltsentwurfs:

Bei einer Gesamtsumme der Erträge von 206,2 Mio. € und Aufwendungen von 228,9 Mio. € ergibt sich – leider – immer noch ein **Defizit von 22,7 Mio. EUR**. Gemessen am Haushalt des abgelaufenen Jahres, der mit einem Fehlbedarf von rund 30,2 Mio. EUR abschloss, ist dies zweifellos eine deutliche Verbesserung von rund 7,5 Mio. EUR. Es wäre aber eindeutig verfrüht, schon jetzt von einer Entspannung zu reden. Auch dieses Defizit kann langfristig nicht hingenommen werden, da es die ohnehin schon hohe Gesamtverschuldung des Landkreises noch weiter erhöht.

Pro Kopf der Kreisbevölkerung beläuft sich die Verschuldung – einschließlich der Kassenkredite – auf rund 944 €. Zum Vergleich: Die öffentliche Gesamtverschuldung beträgt im Jahr 2006 je Bundesbürger über 17.500 €.

Hinweisen muss ich noch darauf, dass der dem Kreishaushalt beigefügte Wirtschaftsplanentwurf des Eigenbetriebs Grube Fortuna infolge der bekannten Kündigung des Kooperationsvertrages mit dem Förderverein sich in zahlreichen Positionen ändern wird, so dass sich die Betriebsleitung entschieden hat, diesen komplett zu überarbeiten. Der Kreisausschuss wird Ihnen rechtzeitig vor den Ausschussberatungen die neue Entwurfsfassung vorlegen.

Lassen Sie mich vor einigen kommunalpolitischen Zielen und Schwerpunkten, die im Haushaltsplan ihren Niederschlag finden, zunächst kurz auf die allgemeine finanzielle Entwicklung eingehen.

Die Entlastungen, die sich für das Jahr 2007 ergeben werden, haben wir – dies muss fairerweise betont werden – praktisch ausschließlich Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den Schlüsselzuweisungen und Umlagen im Rahmen des Finanzausgleichs zu verdanken. Dazu beigetragen haben im Wesentlichen die – erfreulicherweise – hohen Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene und vor allem auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden durch die günstige Konjunkturlage.

Lassen Sie mich nach diesen Vorbemerkungen nun einige wichtige Zielsetzungen und Programme nennen, die wir im kommenden Haushaltsjahr verfolgen und ausbauen wollen und für die ich um Ihre Unterstützung und konstruktive Begleitung bitte:

## **1. Der Lahn-Dill-Kreis ist ein familienfreundlicher Landkreis**

Die Familienfreundlichkeit soll kein wohlklingender Programmsatz sein, sondern beweist sich vielmehr bei vielen Planungen und Entscheidungen in Verwaltung und Politik.

Wir wollen das Profil des Landkreises in dieser Richtung Schritt für Schritt durch gezielte Maßnahmen befördern:

- Wir investieren massiv in Bildung und legen Ihnen erneut ein sehr umfangreiches und anspruchsvolles Schulbauprogramm mit mehr als 8,3 Mio. EUR Volumen vor. Hinzu kommt der 2007 beginnende Neubau der Pestalozzischule und die Sanie-

rung der Freiherr-vom-Stein-Schule im Rahmen eines pilothaften Gemeinschaftsprojekts zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung – besser bekannt unter dem neudeutschen Synonym „Public Private Partnership “- oder PPP-Projekt, wo wir nach intensiven Vorbereitungen und Verhandlungen jetzt auf die Zielgerade eingebogen sind. Bis zum Jahr 2032 werden sich die Gesamtkosten für dieses Projekt auf rund 40,8 Mio. EUR belaufen.

- Wir bauen die Tagesbetreuung für Kinder auf Basis des Kreistagsbeschlusses vom 6. Februar 2006 konsequent weiter aus, bis zum Jahr 2010 soll der Versorgungsgrad für Kinder unter 3 Jahren und für Grundschul Kinder in Form von angebotenen Betreuungsplätzen auf 22 bzw. 21 % erhöht werden. Im Jahr 2007 soll der Versorgungsgrad für die Kinder bis 3 Jahre um 4 % auf dann 13 % und für Grundschul Kinder um 2 % auf 17 % erhöht werden.
- Der Lahn-Dill-Kreis unterstützt ferner nach Kräften eine Seniorenpolitik, die zum Ziel hat, das Leben im vertrauten Wohnumfeld so lange wie möglich zu gewährleisten.

Als Beispiel sei hier der Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote für Demenzzranke genannt. Hier wollen wir für das Jahr 2007 ein Angebot, das regional den gesamten Kreis abdeckt. Pflegende Angehörige werden dadurch deutlich entlastet, dass sie die an Demenz erkrankten Patienten zu bestimmten Zeiten gut in einer Gruppe betreut wissen und auch einmal Zeit für sich haben. Die massiven Belastungen, die oft mit der häuslichen Pflege einhergehen, werden angemildert - auch die Lebensqualität der Erkrankten wird erkennbar verbessert. Dieses Angebot wird von ambulanten Pflegeeinrichtungen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf- und ausgebaut und vom Lahn-Dill-Kreis mit rund 28 TEUR pro Jahr kofinanziert.

Eine weitere Vernetzung wurde durch den Aufbau der „rehabilitativen Kurzzeitpflege“ in Herborn in Trägerschaft des DRK Dillkreis erreicht, das vom Lahn-Dill-Kreis in den Planungen unterstützt und dessen Betrieb durch jährliche Zuschüsse des Kreises – jährlich rund 35 TEUR – ermöglicht wird. Ziel dieser Einrichtung ist es, nach gesundheitlicher Wiederherstellung, älteren Menschen die Rückkehr in die ei-

gene Häuslichkeit zu ermöglichen.

Alle Maßnahmen, die stationäre Aufenthalte vermeiden, dienen nicht nur dem Erhalt der Lebensqualität, sondern führen auch meist zu finanziellen Entlastungen des Sozialhilfeträgers.

## **2. Der Lahn-Dill-Kreis setzt Akzente in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Lahn-Dill-Kreis ruht im Wesentlichen auf den Pfeilern der Lahn-Dill-Arbeit GmbH und der ab 2007 unter Verantwortung des Kollegen Kaufmann-Ohl stehenden Abteilung Soziales und Integration.

- Die zum 1. Januar 2005 gegründete Lahn-Dill-Arbeit GmbH – kurz ARGE genannt – hat beachtliche Vermittlungserfolge vorzuweisen. Für das Jahr 2006 belegen dies folgende Zahlen:
  - Insgesamt konnten 6.416 Bezieher von Arbeitslosengeld II in Erwerbstätigkeit gebracht werden, davon allein 4.234 aus der Arbeitslosigkeit und 2.182 Arbeitssuchende. In diesen Zahlen enthalten sind insgesamt 1.301 Personen unter 25 Jahren, die von besonderen Teams der ARGE für diese Zielgruppe ebenfalls in die Erwerbstätigkeit integriert werden.
  - Seit Jahresbeginn 2006 wurden 1.082 Jugendliche, die Arbeitslosengeld II beziehen, in Ausbildung vermittelt.
  
- Im Herbst 2006 hat der Lahn-Dill-Kreis die Funktion des Mehrheitsgesellschafters in der Lahn-Dill-Arbeit GmbH übernommen. In enger Abstimmung mit der Agentur für Arbeit Wetzlar als Mitgesellschafterin wurde mit der Geschäftsführung der Lahn-Dill-Arbeit GmbH eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Für das Jahr 2007 sollen gerade für junge Menschen „unter 25-Jahren“ Integrationserfolge am Arbeits- und Ausbildungsmarkt gesteigert werden. Deswegen wird sich der Kreis nachdrücklich dafür einsetzen, dass für diese Zielgruppe der Betreuungsschlüssel von 1 : 75 erreicht wird. Damit wird dann der Vorgabe des Gesetzgebers entsprochen.

- Ein weiterer Mosaikstein der aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sind die Aktivitäten der kreiseigenen Altenpflegeschule in Haiger. Alle 24 Absolventinnen und Absolventen, die im Jahr 2006 ihre 3-jährige Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger abgeschlossen haben, sind in Beschäftigungsverhältnisse - primär im heimischen Raum – gekommen. Der Lahn-Dill-Kreis setzt sich erfolgreich und engagiert für die berufliche Qualifizierung junger Menschen ein und trägt dazu bei, die heimische Pflegestruktur kontinuierlich zu verbessern.

### **3. Der Lahn-Dill-Kreis sichert eine aktive und präventive Jugendhilfe**

Der Tod des zweijährigen Kevin aus Bremen, meine Damen und Herren, hat der Öffentlichkeit und den Jugendhilfeverantwortlichen vor Augen geführt, welche Brisanz in Familienstrukturen steckt, die von Armut, Suchtproblemen, Gewalt und Beziehungskonflikten geprägt sind – und was bei der präventiven Jugendhilfearbeit an Risiken oder an Versäumnissen möglich ist.

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises wird sich weiterhin, so auch in diesem Jahr, des Themas Kinderschutz besonders annehmen, nicht nur im Rahmen seiner turnusmäßigen Sitzungen, sondern auch während einer Klausurtagung im Juni. Das soll Ihnen zeigen, welche Bedeutung diesem Themenbereich beigemessen wird.

In der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe arbeiten sehr qualifizierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Trotz ihres hohen Engagements für das Wohl der jungen Menschen und eines ausgesprochen hohen Grades an Vernetzung und Kooperation mit anderen Stellen und Behörden kann niemand völlig ausschließen, dass sich auch im Lahn-Dill-Kreis ein Fall mit ähnlich schlimmen Folgen wie der des kleinen Kevin ereignen kann.

Erforderlich ist präventives Handeln auf zwei Ebenen:

1. Es muss gewährleistet sein, dass alle Einrichtungen, Träger und Institutionen, die über die öffentliche Jugendhilfe hinaus ihre Verantwortung für das Wohl junger Menschen wahrnehmen, entsprechend handeln und dann, wenn es erforderlich

ist, das Jugendamt über eine Kindeswohlgefährdung informieren. Dazu hat der Lahn-Dill-Kreis entsprechende Vereinbarungen mit allen freien Trägern getroffen und wird dies auch noch mit den Trägern der Kindertagesstätten, Jugendhäuser etc. tun. Der dazu nötige Rechtsrahmen ist durch das neue Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz vorhanden, das den gesetzlichen Schutzauftrag auf alle Träger der Jugendhilfe ausweitet.

Die Abteilung hat einen Leitfaden zum Vorgehen bei Kindeswohlgefährdung erarbeitet, der als verbindliche Handlungsanleitung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt.

2. Die zahlreichen und vielfältigen präventiv ausgerichteten Angebote müssen erhalten bleiben und im Bereich der frühen Förderung ergänzt sowie ausgebaut werden. Dazu zählen etwa

- Eltern- und Familienbildung/-förderung
- Erziehungs- und Familienberatung
- Familien- und Betreuungshilfen
- Hauswirtschaftliche und Familienpflegerische Hilfen
- Unterstützung durch Beistandschaften
- frühe Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertagesstätten.

Die frühe Förderung von Kindern ist Prävention. Der Lahn-Dill-Kreis nimmt unter den hessischen Landkreisen einen Spitzenplatz in der finanziellen Förderung des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ein. Die Entwicklung der Förderbeiträge für Kindertagesstätten weist schon im ersten Jahr 2006 auf eine hohe Akzeptanz hin, so dass wir das angestrebte Ziel eines 20%igen Versorgungsgrades voraussichtlich bereits vor 2010 erreichen werden. Das ermöglicht gerade auch sozial benachteiligten Kindern aus sog. Multiproblemfamilien die Chance auf eine anregungsreiche und kindgerechte Entwicklung.

Für diese Aufgaben muss, dies zeigt der Fall Kevin deutlich, die Verwaltung auch angemessen personell und finanziell ausgestattet sein. Angesichts der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre und der Auflagen des RP, die auch auf den Stellenplan und damit die Personalressourcen der Jugendhilfe einen enormen Druck ausgeübt haben, wurde

auch das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe auf die Kernaufgaben beschränkt, und dies trotz wachsender Anforderungen.

Die Jugendhilfe verursacht im laufenden Jahr im Haushalt ein Defizit von rund 14,4 Mio. €. Ich kann Ihnen dennoch keine Hoffnung machen, dass wir angesichts der von mir skizzierten Herausforderungen hier noch Konsolidierungsbeiträge erschließen können.

#### **4. Regionalentwicklung im Lahn-Dill-Kreis**

Nach einer auch in der Lokalpresse am 28. Dezember 2006 veröffentlichten Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nimmt der Lahn-Dill-Kreis im bundesweiten Vergleich den Platz 165 von insgesamt 435 untersuchten Kreisen und kreisfreien Städten ein. Die Studie hat in den einzelnen Kommunen verschiedene ökonomische und infrastrukturelle Indikatoren wie Wohlstand, Arbeits- und Ausbildungsplatzdichte, Einkommen, Wirtschaft und Verwaltung bewertet. In diesem ersten wissenschaftlichen Regionalranking weist der Lahn-Dill-Kreis

- eine im Bundesdurchschnitt niedrige Arbeitslosenquote,
- einen hohen Anteil von Arbeitnehmern in der optischen Industrie,
- unterdurchschnittlich wenige Straftaten,
- ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von knapp 2.000 EUR mehr als der Durchschnittsdeutsche sowie
- eine schlankere Verwaltung mit 1,2 Beschäftigten pro 100 Einwohner auf, während der Durchschnitt bei 1,5 öffentlich Beschäftigten liegt.

Hessenweit kam der Lahn-Dill-Kreis auf Platz 13 von 26, im mittelhessischen Vergleich liegen wir vorne.

Meine Damen und Herren,

mit diesem Ergebnis bin ich nur teilweise zufrieden. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten, das Profil des Lahn-Dill-Kreises weiter zu schärfen, Schwächen auszumerzen, die

wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen, sozial- und arbeitsmarktpolitische Strukturen zu verbessern und die öffentliche Infrastruktur, für die unsere Gemeinden und der Landkreis verantwortlich sind, weiter zu optimieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dies alles nur auf Dauer – auch finanziell - werden gewährleisten können, wenn wir dem gewaltigen demografischen Trend entgegenwirken. Deshalb werbe ich eindringlich dafür, dass wir ein klares Profil bekommen, das die Familienfreundlichkeit in den Vordergrund stellt. Der Lahn-Dill-Kreis muss für Familien mehr denn je eine attraktive Region für Mensch und Wirtschaft werden, in der man gerne lebt und arbeitet und auch im Alter sich gut aufgehoben und betreut fühlt.

## **5. Projekt „Ehrenamtscard“**

Der Kreistag hatte am 6. Februar 2006 beschlossen, an dem landesweiten Modellprojekt „Ehrenamtscard“ teilzunehmen. Die Vorbereitungen hierzu sind mittlerweile abgeschlossen, im Haushaltsentwurf 2007 – genauer in der Ergänzungsliste - wurden die aus Sicht des Kreises zur Realisierung unverzichtbaren personellen und sachlichen Ressourcen ausgewiesen. Der Lahn-Dill-Kreis wird die Verleihung der Ehrenamtscard jeweils in einem angemessenen Rahmen vornehmen, allerdings unserer Finanzmittelausstattung entsprechend grundsätzlich ohne besondere Veranstaltungstermine. In diesem Rahmen geht der Kreisausschuss davon aus, den mit rund 46 T€ kalkulierten Aufwand einhalten zu können, auch weil es sich hier um eine freiwillige Leistung des Kreises handelt.

Auf Initiative der Koalition wird zudem eine Stabsstelle "Ehrenamt" eingerichtet, die sich um die gesamte Thematik kümmern soll.

Nach diesen Schwerpunktbereichen möchte ich Ihnen in der gebotenen Kürze noch einen Überblick über den Kreishaushalt 2007 geben.

### **• Investitionen 2007**

Der Lahn-Dill-Kreis plant im Haushaltsjahr 2007 Investitionen von fast 10,8 Mio. EUR. Davon kommen rund 7,7 Mio. EUR direkt der Bauwirtschaft zugute.

Die größten Investitionsvorhaben sind:

	Haushaltsplan 2007		
	Investitionen	direkte Zuweisung	Verpflicht.-ermächt.
	€	€	€
<b>Allgemeine Verwaltung</b>			
Ersatz und Ergänzung DV-Hardware	209.335	43.829	
Rückkauf von Nutzungsrechten an den Gebäudeteilen B und C des Friedrich-Zimmer-Krankenhauses <sup>2)</sup>	880.000		
<b>Kreisstraßen</b>			
<b>K 360 Ortsdchf. Schöffengrund-Niederwetz</b>	250.000	100.000	
<b>K 65 zw. Merkenbach und Hörbach</b> Grundhafte Erneuer.	370.000	222.000	
<b>Schulen</b>			
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für alle Schulen	1.100.000		
<b>Johann-Heinrich-Alsted-Schule, Mittenaar</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	300.000	270.000	200.000
<b>Johanneum-Gymnasium Herborn</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	475.000	427.500	
Grundhafte Sanierung Johanneum-Gymnasium	650.000		550.000
<b>Otfried-Preussler-Schule Dillenburg</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	850.000	225.000	
<b>Friedrich-Fröbel-Schule Wetzlar</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	1.540.000	270.000	
<b>Erich-Girolstein-Schule Wetzlar</b> Sanierung von Klassenriegeln	400.000		211.200
<b>Alexander-v.-Humboldt-Schule Aßlar (IGS)</b> Grundhafte Sanierung (PCB)	300.000		320.000
<b>Gesamtschule Ehringshausen (IGS)</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	375.000	337.500	
<b>Gesamtschule Solms (IGS)</b> Investitionsmaßnahmen Ganztagsangebote (Programm IZBB)	399.000	359.100	
<b>Gesamtschule Johann-Textor-Schule Haiger</b> Grundhafte Sanierung (PCB)	720.000		620.000

1) IZBB = Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (Bund)

2) PCB = Polychlorierte Biphenyle; giftige und krebserregende chemische Chlorverbindungen, die bis in die 1980er Jahre u. a. als Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermittel und Kunststoffen verwendet wurden.

Neben den eigentlichen Investitionen, die sich aus unserem Investitionsprogramm ergeben, vergibt der Lahn-Dill-Kreis auch für die laufende Instandhaltung von Schulen, Kreisstraßen und Verwaltungsgebäuden Aufträge in Millionenhöhe. So sind im Entwurf des Haushalts 2007 Kosten in Höhe von rund 9,6 Mio. EUR vorgesehen, davon

- 8,45 Mio. EUR für Schulgebäude,
- 582 TEUR für Kreisstraßen und
- 560 TEUR für die Verwaltungsgebäude.

Hinzu kommt noch die Grundsaniierung des Gebäudeteils A des Kreishauses in Wetzlar mit einem Umfang von rund 1,8 Mio. €, die aus noch verfügbaren Budgetermächtigungen der vergangenen Jahre realisiert werden soll und für die bereits der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss grünes Licht gegeben hat.

Besonders erwähnt werden soll auch das eingangs bereits angesprochene **PPP-Projekt für den Neubau der Pestalozzischule** mit einer 3-Feld-Halle sowie die Sanierung und der Betrieb der angrenzenden Freiherr-vom-Stein-Schule. Wir werden hier im Rahmen der Vertragslaufzeit rund 40 Mio. € aufwenden.

- **Kommunaler Finanzausgleich 2007**

Meine Damen und Herren, das Jahr 2007 beschert den Landkreisen nach dem hoffnungsvollen Konjunkturverlauf insbesondere des zweiten Halbjahres 2006 deutliche Verbesserungen bei den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Insgesamt können wir gegenüber dem Jahr 2006

- bei der Summe aus Kreis- und Schulumlage mit gut 13,9 Mio. € und
- bei den Kreisschlüsselzuweisungen mit rund 4,3 Mio. €

mehr als im Vorjahr rechnen.

Gleichzeitig werden wir bei der LWV- und Krankenhausumlage um annähernd 2,4 Mio. € entlastet, so dass summa summarum insgesamt rund 20,7 Mio. € als Verbesserung ankommen.

Mit dem Haushalt 2007 war ferner erstmals der mit dem Finanzausgleichsgesetz 2006 auferlegten Verpflichtung nachzukommen, den **Hebesatz der Schulumlage** so festzulegen, dass damit die finanziellen Belastungen des Kreises aus der Schulträgerschaft gedeckt werden. Auf Grundlage der Ihnen vorliegenden Entwurfszahlen für den Zuschussbedarf für die Produktgruppe Bildung und Liegenschaften wird der Kreis im Jahr 2007 den Hebesatz der Schulumlage von bisher 8 % - dies war die bisherige Deckung – auf jetzt 15,60 % anheben. Wie dies errechnet wurde, können Sie aus der Änderungs- und

Ergänzungsliste, die der Kreisausschuss am 10. Januar 2007 beschlossen hat, erkennen. Mit dem neuen Hebesatz wird – auf Basis der im Haushaltsentwurf veranschlagten Daten - ein Ausgleich der schulträgerbedingten Kosten im Umfang von 98,26 % erreicht.

Je nach dem Verlauf der Haushaltsberatungen wird sich dieser Satz noch geringfügig verändern. Da wir in den kommenden Jahren die internen Leistungsverrechnungen noch weiter ausbauen werden, wird sich auch der Hebesatz der Schulumlage noch etwas nach oben bewegen.

Soviel zu den positiven Nachrichten.

Geradezu schockierend ist, dass von den enormen Verbesserungen per Saldo, also unter Berücksichtigung der Aufwendungen vor allem für Transferleistungen, nach dem Plan nur rund 7,5 Mio. EUR übrig bleiben. Die Mehrkosten betreffen vor allem die Transferleistungen (plus 8,8 Mio. €, davon allein 6,5 Mio. € bei den Ausgaben für Soziales) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (plus 4,1 Mio. €, u. a. für den Geschäftsbedarf der ARGE, Instandhaltungen und höhere Energiekosten).

Der Kreis hat, dies zeigt die Entwicklung im Jahr 2007 besonders deutlich, nicht nur ein Einnahmenproblem, er hat auch ein massives Aufgaben- und Ausgabenproblem.

Für den **Hebesatz der Kreisumlage**, der zunächst im gleichen Umfang gesenkt werden musste, schlägt Ihnen der Kreisausschuss eine moderate Anhebung zur anteiligen Deckung des verbleibenden sonstigen Defizits um 0,25 % vor.

Das Regierungspräsidium hatte in seiner letztjährigen Haushaltsgenehmigung dem Kreis zwingend vorgeschrieben, den Kreisumlagehebesatz für 2007 erneut anzuheben, falls ein Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann. Wir kommen dieser Auflage mit dem heutigen Haushaltsplan nach, berücksichtigen beim Ausmaß der Erhöhung aber, dass sich durch die neuen Umlagegrundlagen die Zahllasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen kräftig erhöhen werden.

Dazu sei aber auch der Fairness halber angemerkt, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ebenfalls erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen haben. Insgesamt werden unsere Städte und Gemeinden auf der Basis der vorläufigen Berechnungen des Finanzministeriums für den Finanzausgleich 2007 im Jahr 2007 rd. 14,8 Mio. EUR mehr an den Kreis zu zahlen haben als 2006.

Entgegen den Erwartungen hat das Land Hessen die im Finanzausgleichsgesetz 2006 bereits verankerte Reduzierung des Ermäßigungssatzes für die Sonderstatusstadt Wetzlar für 2007 nochmals ausgesetzt und statt dessen für dieses Jahr erneut einen gesonderten Ausgleichsbetrag in Höhe von 920 T€ vorgesehen, den die Stadt Wetzlar bis zum 30. September an uns zu zahlen hat. Das mit großem Aufwand erarbeitete Gutachten des Landesrechnungshofs, das für viel Aufregung und Streit bei Kreisen und Sonderstatusstädten gesorgt hat und das seit September 2006 vorliegt, spielte für den Finanzausgleich 2007 offenbar ebenso wenig eine Rolle wie die eindringlichen Plädoyers der Landkreise, dass die Integration der Sonderstatusproblematik in den Finanzausgleich zu absurden Ergebnissen führt. Ich befürchte, dass die Beseitigung dieser Systemfehler und der merkwürdigen Lösungsversuche über Ausgleichsbeträge, wenn überhaupt, erst mit der für 2009 angekündigten großen Ausgleichsstrukturereform gelingen wird. Sicher bin ich allerdings keineswegs.

Angesichts dieser enormen Verbesserungen der Finanzausstattung müssen die Landkreise naturgemäß neu überprüfen, ob die im Jahr 2006 angekündigte und dann immer wieder aufgeschobene Klage gegen das Land Hessen noch vernünftig ist. Dabei müssen wir gleichwohl bedenken, dass der Löwenanteil der Verbesserungen zu Lasten der Städte und Gemeinden geht.

- **Personal**

Zur Personal- und Stellenwirtschaft hatte uns das Regierungspräsidium in der Haushaltsgenehmigung 2006 aufgegeben, die Zahl der Planstellen um weitere 2 %, das sind gerundet 18 Stellen, zu vermindern. Gleichzeitig müssen die tatsächlich besetzten Stellen um weitere 1 %, also rund 9 Stellen, reduziert werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Ihnen als Anlage zum Haushaltsentwurf vorgelegten Stellenplan erfüllen wir diese Auflage. Sie können dies in den Erläuterungen zum Stellenplan detailliert nachvollziehen. Bei unverändertem Aufgabenbestand kann ich allerdings nicht erkennen, dass der weitere Abbau der tatsächlich besetzten Stellen in dem von der Aufsichtsbehörde gefordertem Umfang bis zum nächsten Haushalt möglich ist.

Unsere Einschätzung, dass die vollzogenen Einschnitte in vielen Bereichen das Machbare bereits überschritten haben – ich verweise nur auf das Thema Jugendhilfe oder den Gesundheits- und Verbraucherschutz - , wollen wir mit einer Organisationsstrukturuntersuchung belegen, die auch objektive Kriterien für die Personalbedarfsbemessung erbringen soll. Die Untersuchung wird gestartet, sobald der Haushalt 2007 genehmigt und in Kraft gesetzt ist. Sie werden hierüber dann umfassend informiert.

- **Zur Haushaltskonsolidierung**

Meine Damen und Herren, der Kreisausschuss legt Ihnen als Anlage zum Haushalt erneut die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts vor. Er hat dort diejenigen Maßnahmen dargestellt und bewertet, die für das Jahr 2007 über die bisherigen erheblichen Konsolidierungsanstrengungen hinaus noch machbar erscheinen. Auch diese Fassung ist geprägt von zwei wesentlichen Teilaspekten, nämlich Sparsamkeit in der Umsetzung gesetzlicher Aufgaben und politisch beschlossener Ziele einerseits und von Selbstbeschränkung bei der Festlegung eben dieser Ziele andererseits.

Diejenigen Konsolidierungspotenziale, die bereits in den Haushaltsentwurf als Einnahmeverbesserung oder Kürzung von Ausgaben eingeflossen sind, haben wir im Konzept gesondert kenntlich gemacht.

Es ist jetzt an Ihnen, die Vorschläge des Kreisausschusses zu diskutieren, zu bewerten und ggf. neue oder veränderte Zielsetzungen zu beschließen, die dann Ausdruck des politischen Gestaltungswillens sind. Auswirkungen der von mir bereits angesprochenen Organisationsuntersuchung werden wir dann frühestens mit dem nächsten Kreishaushalt bzw. der nächsten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts vorlegen können.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz zusammenfassen.

Wir sollten bei aller Freude über die positive Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2006 und der Finanzausgleichsdaten 2007 uns nicht verleiten lassen, nach schlechten Beispielen andernorts nun schon Ressourcen zu verteilen, die noch nicht erwirtschaftet sind.

Nach meiner Überzeugung sind wir gut beraten, wenn wir im Geldausgeben Maß halten und weiterhin sehr genau darauf achten, welche Maßnahmen wirklich wichtig sind, unsere Gemeinschaft im Hinblick auf Bildung, Wirtschaft, Ökologie, Schutz und Förderung der Jugend sowie Stärkung der Familien weiterzuentwickeln, und welche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur vor diesem Hintergrund sinnvoll sind.

Luftschlösser erzeugen hohe – zu hohe - Unterhaltungskosten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen konstruktive Haushaltsberatungen.